

24. September

**Konstruktives
Referendum**

Ja

Zur Volksinitiative
**Mehr Rechte
für das Volk**
dank dem Referendum
mit Gegenvorschlag

Pressemappe zur Medienkonferenz

Donnerstag, 31. August 2000, 10:30 Uhr,
Käfigturm, Bern

Das Konstruktive Referendum

Ein Instrument für alle politischen Kräfte

Inhalt

Sinnvolle Modernisierung und Stärkung der Demokratie

Yves Christen, Nationalrat FDP, Vevey

Für eine europakompatible direkte Demokratie

Jacques Neiryck, Nationalrat CVP, Ecublens

Diskussionsverweigerung und Argumentationsdefizite rund um das Konstruktive Referendum

Andi Gross, Nationalrat SP, Zürich

Das demokratische Spiel subtiler spielen

Anne Catherine Ménétrey, Nationalrätin der Grünen, St. Saphorin

Das Nein-Sager-Referendum braucht konstruktive Konkurrenz

Otto Zwygart, Nationalrat EVP, Bolligen

Lieber das Volk „Rosinen picken“ lassen als faule Politikerkompromisse eingehen

Marcel Lingg, Grossstadtrat SVP, Luzern

Für weitere Informationen

Ursula Dubois, Pressesprecherin SP Schweiz
Markus Marti, Sekretär Trägerverein „Mehr Rechte für das Volk JA“

Tel 079 253 13 64
Tel 031 329 69 93

www.konstruktivesreferendum.ch
info@konstruktivesreferendum.ch

Trägerverein „Mehr Rechte für das Volk JA“ Postfach 7271, 3001 Bern, PC 30 662266-8

24. September

**Konstruktives
Referendum**

Ja

Zur Volksinitiative

**Mehr Rechte
für das Volk**

dank dem Referendum
mit Gegenvorschlag

Sinnvolle Modernisierung und Stärkung der Demokratie

von Yves Christen, Nationalrat, FDP, Vevey (VD)

Seit mehr als einem Jahrhundert sind die demokratischen Instrumente praktisch unverändert. Doch die Welt hat sich geändert, sei es bezüglich der politischen Systeme, in denen wir uns bewegen, sei es bezüglich der Technologie, der wir uns bedienen. In diesem Zusammenhang müssen wir uns mögliche Verbesserungen unserer halbdirekten Demokratie überlegen. Ziel muss eine grössere Effizienz und bessere Nutzung moderner Technologien sein.

Unsere Demokratie befindet sich heute im Umbruch: Die politischen Entscheidzentren verschieben sich - ob uns das passt oder nicht - zumindest teilweise auf die supranationale Ebene und auch die Kommunikationsmittel und **die Regelung der Wahrnehmung politischer Rechte sind Entwicklungen unterworfen**: Die briefliche Stimmabgabe hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen, der Begriff „E-Government“ hat Einzug in die meisten politischen Programme gehalten und die neue Bundeskanzlerin möchte, wie auch Bill Gates, elektronische Abstimmungsverfahren einführen.

Die Abstimmung über die Einführung der MwSt. hat bewiesen, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger differenziert zu komplexen Fragestellungen äussern können. Ähnliche Beispiele gibt es aus den USA. In diesem Kontext steht das traditionelle Referendum mit seiner „dopplet oder nüt“-Ausrichtung quer in der Landschaft. Das Stimmvolk versagt Reformpaketen die Gefolgschaft, obwohl nur kleine Teile einer Vorlage bestritten sind. Als jüngste Beispiele mögen das Arbeitsgesetz oder die Reform der Invalidenversicherung gelten. An diesem Punkt setzt das konstruktive Referendum an: umstrittene Punkte sollen gesondert entschieden werden können, auf diese Weise können die von einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gewünschten Fortschritte realisiert werden. **Das konstruktive Referendum belebt unsere Demokratie, da es den Blockierern jeglicher Couleur die Glaubwürdigkeit nimmt.** Mit dem konstruktiven Referendum werden die „Neinsager“ einen schweren Stand haben – zum Nutzen für unser Land.

Gemäss einer Univox-Studie über die Demokratie vom Juni 2000 sind 60 % der Schweizerinnen und Schweizer der Ansicht, dass **Abstimmungen die Zukunft unseres Landes wichtiger sind als Wahlen.** Neun von Zehn Befragten wünschen die Beibehaltung oder den Ausbau des Einflusses der direkten Demokratie. Die Tatsache, dass wir unsere Gesetzgebung immer mehr aufgrund äusseren Drucks anpassen müssen, droht unsere Demokratie zu schwächen, auch ohne Beitritt zur Europäischen Union. Mit der

Einführung eines differenzierteren Referendumsrechts können wir dieser Entwicklung Gegensteuer geben.

Die StimmbürgerInnen lernen schnell!

Ihre ablehnende Haltung begründen die Gegner des konstruktiven Referendums mit der Komplexität dieser demokratischen Reform: meiner Meinung nach sollten wir aufhören, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu unterschätzen. Wenn sich unser Land behaupten will, muss es zwingend die Mittel sowohl in die Entwicklung der Informatik als auch in die dazu notwendigen Arbeitskräfte investieren. Dies ist das Hauptziel der von mehreren politischen Parteien befürworteten Informatik-Offensive. Es ist auch ein nötiger Schritt hin zu den Erscheinungsformen einer noch direkteren, moderneren und effizienteren Demokratie, die heute unter dem Modebegriff „E-Government“ zusammengefasst werden. In den USA wurden die ersten elektronischen Wahlen (zur Bestimmung der Präsidentschaftskandidaten) ohne grosse Probleme durchgeführt. Dies zeigt, dass die Stimmbürger schnell lernen. Lernen wir von diesen Erfahrungen, schenken wir den Schweizern das Vertrauen, denn sie sind wohl kaum dümmer als die Amerikaner...

24. September

**Konstruktives
Referendum**

Ja

Zur Volksinitiative

**Mehr Rechte
für das Volk**

dank dem Referendum
mit Gegenvorschlag

Für eine moderne und europakompatible direkte Demokratie

Von Jaques Neiryck, Nationalrat CVP, Ecublens

Die direkte Demokratie ist das Markenzeichen unseres Staatswesens. Im Ausland verweisen wir gerne auf diese einmalige demokratische Errungenschaft. Dies ist gut so und soll auch in Zukunft so bleiben. Das Konstruktive Referendum ist das richtige Instrument, um unsere direkte Demokratie zu stärken, zu modernisieren und europakompatibel zugestalten.

Direktdemokratischer Wettbewerb um die bessere politische Idee

Mit dem Konstruktiven Referendum kann einer Behördenvorlage, die in einem einzelnen Teilbereich umstritten ist, ein ausformulierter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Es muss nicht mehr eine ganze Gesetzesvorlage wegen diesem umstrittenen Teilbereich untern verworfen oder untern angenommen werden. Dieses Dilemma des „Alles-oder-Nichts-Entscheidens“ - ein unbestrittener Makel unserer direkten Demokratie - wird mit dem Konstruktiven Referendum entschärft. Mit dem Konstruktiven Referendum ist es möglich, dass im umstrittenen Punkt eine Alternativlösung vorliegt: Die Debatte konzentriert sich dann auf den umstrittenen Kernpunkt der Vorlage, welcher so oder anders geregelt werden kann. Dies bringt differenziertere und spannendere Abstimmungsdiskussionen. Es kommt zum direktdemokratischen Wettbewerb um die bessere politische Idee. Das ist bedeutend transparenter und ehrlicher als „Alles-oder-Nichts-Entscheide“, die niemanden befriedigen. Die Qualität der direkten Demokratie wird erhöht.

Für eine europataugliche direkte Demokratie

Bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in schweizerisches Recht kann es mit dem bestehenden fakultativen Referendum zu Konflikten kommen: Eine Richtlinie setzt den Mitgliedstaaten regelmässig eine Frist zur Umsetzung. Da das bestehende fakultative Referendum suspensiv wirkt, besteht die Gefahr, dass die Frist nicht eingehalten wird und die Umsetzung in Form von dringlichen Bundessgesetzen vorgenommen wird. Das fakultative Referendum kann aber auch dazu führen, dass die Umsetzung nicht nur zeitlich verzögert, sondern überhaupt verunmöglicht wird, wenn ein Referendum erfolgreich ist. Erfahrungsgemäss ist es nach negativen Volksabstimmungen sehr schwierig, vergleichbare Reformen wenig später vorzulegen. Es besteht so die Gefahr einer längeren Blockierung, die niemandem dient.

Bei einem Beitritt der Schweiz zur EU wird unser bestehende Referendumsrecht eingeschränkt, weil einzelne Gesetzgebungskompetenzen -die Umsetzung von EU-Erlassen - nicht mehr der direktdemokratischen Kontrolle unterliegen würden. Das Konstruktive Referendum könnte diese Schmälerung der direkten Demokratie teilweise kompensieren.

Versachlichung der Volkrechte-Diskussion in der Europafrage

Mit dem Konstruktiven Referendum wäre es also möglich, dass die Stimmberechtigten auf die Umsetzung der Richtlinien konkret und direktdemokratisch Einfluss nehmen können. Es vermindert zudem das

Risiko, die Frist zur Umsetzung übergeordneten Rechts nicht einhalten oder die Umsetzung überhaupt nicht vornehmen zu können. Das Konstruktive Referendum bringt eine echte Erweiterung der direkten direkt-demokratischen Mitsprache, welche den Souveränitätstransfer bei einem EU-Beitritt kompensiert. Das Konstruktive Referendum kann so Ängsten vor einem Demokratieabbau entgegenwirken. Das wird die Diskussion um den EU-Beitritt versachlichen. Diese Argumente sind - nota bene - weder neu noch gesucht. Genau so argumentierte die Staatspolitische Kommission bereits im Jahre 1992 und forderte die Einführung eines Konstruktiven Referendums.

24. September

Konstruktives Referendum

Ja

Zur Volksinitiative
**Mehr Rechte
für das Volk**
dank dem Referendum
mit Gegenvorschlag

Diskussionsverweigerung und Argumentationsdefizite rund um das Konstruktive Referendum

Von Andreas Gross, Nationalrat SP, Zürich

Was bereits in der parlamentarischen Debatte der Volksinitiative für ein Konstruktives Referendum auffiel, zeigt sich jetzt auch in der öffentlichen Diskussion der Parteien, Verbände, Politiker und Behörden im Vorfeld der Volksabstimmung: Niemand will so richtig in die Diskussion gegen diese Möglichkeit zur Verfeinerung der Direkten Demokratie einsteigen. Geschieht dies dennoch, so findet die Diskussion ohne befürwortende Stimmen hinter verschlossenen Türen statt. Und was nach aussen dringt an gegen das Konstruktive Referendum formulierten Argumente ist eher dürftig, oberflächlich und erweckt den Anschein, dass von der Seite den Bürgerinnen und Bürgern nicht viel demokratische Sachkompetenz zutraut und das absolute Gesetzgebungsmonopol mit ihnen in gar keiner Art geteilt werden soll: Eine Einstellung, die mit der politischen Kultur der Direkten Demokratie nur schwerlich in Einklang zu bringen ist.

Vermeintliche Inkompatibilität mit höherem Verfassungs- oder Völkerrecht

Bundesrätin Metzler wiederholt in verschiedenen Varianten eigentlich nur ein einziges Argument: Die vermeintliche Inkompatibilität der um konstruktive Referendumsvorlagen ergänzten oder veränderten Gesetzestexte mit höherem Verfassungs- oder Völkerrecht. Abgesehen von der Antwort auf die Frage, weshalb eigentlich immer etwas falsch herauskommen muss, wenn nicht der Bundesrat nach dem Rechten sieht: Glaubt Bundesrätin Metzler eigentlich, dass nur exekutiver Obhut die Legislative korrekt arbeiten kann? Woher diese Selbstüberschätzung in einem Lande, dessen Bundesgericht den Bürgerinnen und Bürgern, den wichtigsten kantonalen Gesetzgebern, indirekt eigentlich immer wieder ein gutes Zeugnis ausstellt?

Gültigkeitsprüfung mit Initiativtext vereinbar

Bundesrätin Metzler unterschlägt bei ihrer Argumentation aber auch die Feststellung, welche sie vor dem Nationalrat noch nicht vergass: Der geltende Initiativtext ist durchaus vereinbar mit einer Gültigkeitsprüfung durch Bundesrat und/oder Bundesversammlung vor der Volksabstimmung über ein Konstruktives Referendum, wenn diese eine solche wirklich wollen und diese in den Ausführungsbestimmungen zum Verfahren beim Konstruktiven Referendum vorsehen wollen. Zweitens wird früher oder später die Frage der konkreten Normenkontrolle durch das Bundesgericht auch auf Bundesebene wieder zur Diskussion gestellt werden: Eine solche schützt auch den einzelnen Bürger und die einzelne Bürgerin vor mit höherem Recht unvereinbarem Gesetzesrecht, ob dies nun durch ein Konstruktives Referendum oder wie auch in Zukunft üblich in 99 % der Fälle ausschliesslich parlamentarisch zustande gekommen ist.

Ausgleichsfunktion des Parlamentes gefordert - nicht gefährdet

FDP, CVP und SVP meinen betonen zu müssen, dass das Konstruktive Referendum die "Ausgleichsfunktion" des Parlamentes und seine "Konsenskraft", ja überhaupt seine Stellung schwäche. Wer auf diese

Argumentation eingeht, der muss den drei Bundesratsparteien zur Formulierung ihres Einwandes eigentlich folgenden Wortlaut vorschlagen: "Das Konstruktive Referendum gefährdet unsere abschliessende Möglichkeit, bürgerliche Mehrheitspakete zu schnüren, welche die Linke nur noch ablehnen oder annehmen kann!" Es ist also gerade nicht die Ausgleichsfunktion des Parlamentes, welche gefährdet würde, sondern die Macht dessen bürgerlicher Mehrheit. Oder anders formuliert: Das Parlament muss sich dank dem Konstruktiven Referendum wieder vermehrt anstrengen, seiner Ausgleichsfunktion wirklich gerecht zuwerden. Auch Kompromisse oder ein Konsens kann und muss immer wieder gefunden werden. Doch mit einem Konstruktiven Referendum, mit dem sich überfahrenene Minderheiten effizient zur Wehr setzen könnten für den Fall, dass die bürgerlichen Mehrheiten ihre Anliegen einfach uebergehen, kann diese Konsens – und Ausgleichsfunktion viel besser angemahnt werden. Und genau dies ist es, was die bürgerliche Mehrheit im Bundeshaus eben nicht will und mit dem Schlagwort des "Rosinenpickens" verdeckt.

Parallelen zum „Doppelten JA“

Es sind im Grunde genommen genau diese machtpolitischen Interessen, welche das Nein von FDP, SVP und CVP gegen das Konstruktive Referendum bestimmen. Die bloss rudimentäre Debatte, welche die Bundesratsparteien schon im Parlament zu dieser Vorlage zulassen, deutet auch darauf hin, dass man sich der beschränkten Vorzeigetauglichkeit dieses Argumentes, das vielmehr einfach einem machtpolitischen Kalkül entspricht, insgeheim bewusst ist. Es erstaunt deshalb nicht, dass FDP und SVP das Konstruktive Referendum genau so oberflächlich und negativ bearbeiten wie die Vorlage zur Einführung des reformförderlichen Doppelten Ja bei Volksinitiativen und Gegenvorschlägen, welche 1987 von beiden Rechtsparteien nicht an der Delegiertenversammlung kontradiktorisch behandelt, abgelehnt und dann von Volk und Ständen eben doch angenommen worden ist. Auf der Seite der damaligen Neinsager befanden sich unter anderem übrigens auch Kaspar Villiger, Vreni Spoerry und Rudolf Rohr!

Was die "Abgabe eines Teils der Gesetzgebungsverantwortung" oder die "Aushebelung von Bundesrat und Parlament" betrifft, welche die FDP für den Fall der Annahme des Konstruktiven Referendums prognostiziert, so zeigt sie mit diesen Argumenten bloss, dass sie sich bis heute nicht mit der politischen Kultur der Direkten Demokratie versöhnt hat, welche von ihr schon vor mehr als 130 Jahren bekämpft worden war. Es entspricht dem Wesenscharakter des politischen Machtverständnisses in der Direkten Demokratie, dass jegliche politische Macht geteilt werden muss, niemand ausser der Mehrheit von Volk und Ständen das letzte Wort hat und wenn jemand für das Volk entscheiden darf, er aber immer wieder damit rechnen muss, vor diesem Volk seinen Entscheid vertreten und verteidigen zu müssen und für den Fall, dass ihm dies nicht gelingt, sich dem Verdikt der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger beugen muss. Genau dies soll nun punktuell in Bezug auf die Gesetzgebung mit dem Konstruktiven Referendum auch auf Bundesebene eingeführt werden. In einem Land notabene, dessen Kantone fast alle die Gesetzesinitiative kennen, welche die kantonalen Parlamente noch weit mehr zwingt, ihre Gesetzgebungskompetenz mit den von den Gesetzen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu teilen.

Direkte Demokratie - europakompatibel

Vor allem die Europäerinnen und Europäer in der CVP und der FDP muss eigentlich frappieren, dass auf eines der wichtigsten Proargumente zur Einführung des Konstruktiven Referendums die Gegner keineswegs eingehen: Auf die eminente Bedeutung dieses verfeinerten Referendumsrechtes bei der Umsetzung von Europarecht, das in Form von Richtlinien gesetzt wird, und bei unterschiedlichen Einschätzungen des nationalen Handlungsspielraumes im Zuge dieser Umsetzung nationalistische Koalitionen und Mehrheiten verhindern kann. Das Konstruktive Referendum würde den unterschiedlichen Europäern erlauben, ihre politische Unterschiede fair auszutragen und verhindern, dass antieuropäische Ressentiments einfache Referendumsmehrheiten finden.

Gewiss sind sich alle Befürworter des Konstruktiven Referendums bewusst, dass es nicht den ganzen Souveränitätstransfer an die EU ausgleichen kann, wie uns die "NZZ" unterstellt. Dies wäre rein national auch mit einem ganzen Set von Verfeinerungsvorlagen der Direkten Demokratie nicht möglich, sondern würde auch die Demokratisierung der EU nötig machen. Doch das Konstruktive Referendum erlaubt allen Europäern, den Tatbeweis zu erbringen, dass Europa und Demokratie zwei unzertrennbare Zwillinge sind, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sie bedürfen vielmehr einander. Und dies rechtzeitig im Hinblick auf eine entsprechende Vertrauensbildung und politische Vorsorge gegen künftige nationalkonservative Demagogen zu zeigen, ist klug und eine bedeutsame Vorinvestition im Hinblick auf die europäische Integration der Schweiz.

„Zu kompliziert „- altbekannter Einwand gegen jeden Reformschritt hin zu mehr Demokratie

Zum Schluss noch ein Wort zum meistgehörten Einwand gegen das Konstruktive Referendum, es mache die Sache zu "kompliziert". Illustriert wird dies manchmal durch die Antizipation von eher unwahrscheinlichen, wenn auch nie ganz auszuschliessenden zwei oder drei unterschiedlichen konstruktiven Referendumsvorlagen in der gleichen Sache. Panik ist freilich auch dann nicht nötig. Bundesrat und Parlament würden dann merken, dass sie ihrer Konsensbildungsaufgabe zu wenig nachgekommen sind und für die Zukunft lernen. Zweitens wären sie verpflichtet, ein Abstimmungsverfahren zu finden, das den Bürgerinnen und Bürger die Abstimmungsfreiheit garantiert. In solch unwahrscheinlichen Fällen könnten sie auch die einzelnen Eventualabstimmungen auf zwei Abstimmungssonntage verteilen, um zu verhindern, dass die Stimmbürger nicht mehr wissen können, zu was sie Ja sagen in der Schlussabstimmung.

Im übrigen begleitet der Einwand, sie machten alles zu "kompliziert" die Demokratinnen und Demokraten seit mehr als 100 Jahren auf jedem Reformschritt hin zu mehr Demokratie. Es ist der Einwand derjenigen, die nicht zu lassen wollen, dass ihre Macht beschränkt wird. Und es ist der Einwand derjenigen, welche den Andersdenkenden nicht die Fähigkeiten zu billigen, die sie für sich in Anspruch nehmen: Die klassisch elitäre Einstellung, mit der kein einziger Schritt in Richtung mehr Demokratie möglich geworden wäre.

Zu kompliziert war vielen Bürgerlichen schon vor 13 Jahren das Doppelte Ja bei Volksinitiativen mit Gegenvorschlägen, das seither vor allem in den Kantonen uns zur Gewohnheit geworden ist. Damals

widerstand die "NZZ" noch solchen Einwänden mit einer Bemerkung, die im Hinblick auf das Konstruktive Referendum gilt und die man sich immer wieder in Erinnerung rufen darf, wenn Machthaber ihre Privilegien nicht mit den Betroffenen teilen möchte: Im Grunde genommen basiert der Widerstand gegen das doppelte Ja vor allem auf einem schwelenden Misstrauen in die Entscheidungsfähigkeit des schweizerischen Souveräns. Wer dessen Beschlüsse über Jahrzehnte hinweg jedoch Revue passieren lässt, ist über den politischen Instinkt erstaunt, der sich darin im ganzen manifestiert."

24. September

**Konstruktives
Referendum**

Ja

Zur Volksinitiative

**Mehr Rechte
für das Volk**

dank dem Referendum
mit Gegenvorschlag

Das demokratische Spiel subtiler spielen

von Anne Catherine Menétrey-Savary, Nationalrätin, Grüne,
St. Saphorin

Durch das konstruktive Referendum wird die Demokratie verfeinert. Dank ihm können die Bürger sich subtiler am demokratischen Spiel beteiligen und sich nuancierter und differenzierter über eine Vorlage äussern. Wenn der Stimmbürger bei einem Referendum nur ein "Ja" oder ein "Nein" in die Urne legen kann, befindet er sich möglicherweise in einer **Zwickmühle**. Mit dem neuen Instrument könnten jedoch unbestrittene Teile einer Vorlage eine Volksabstimmung überstehen. Statt das Kind mit dem Bad auszuschütten, könnte man **das Kind retten**, auch wenn es möglicherweise Wasser schlucken musste!

Es geschieht zu häufig, dass **Abstimmungsergebnisse nur schwer zu deuten** sind, da ablehnende Voten sich ansammeln können ohne dass der effektive Wille des Stimmvolkes sichtbar wird. Man wirft den "Neinsagern" oft vor, pure Obstruktion zu betreiben ohne etwas Konstruktives beizutragen. Mit dem neuen demokratischen Mittel können die Abwägungen vertieft, die Debatten klarer und nachvollziehbarer geführt werden.

Es wird die Befürchtung geäussert, dass dieser Abstimmungsmodus das Stimmvolk überfordere. Wer sonst schon mit der **Komplexität der Vorlagen** seine Mühe habe, werde nun erst recht nicht mehr an die Urne gehen. Meiner Meinung nach ist das Volk nicht so dumm, wie es dargestellt wird. **Das Zögern der Bürger (und ihre Stimmmotiviertheit) können gerade im Umstand begründet sein, sich nur positiv oder nur negativ äussern zu können.** Bei komplexen Sachvorlagen kann man sich in dem Dilemma befinden, sich für ein Gesetz aussprechen zu müssen, das gravierende Mängel aufweist oder für gar keine Lösung zu votieren. Wenn man an konkrete Vorlagen denkt, bei denen dieses Referendum zum Einsatz hätte gelangen können (beispielsweise bezüglich der zehnten AHV-Revision mit der Erhöhung des Rentenalters für Frauen), wird man sich bewusst, dass es klare Voraussetzungen und leichtverständliche Fragestellungen mit sich gebracht hätte, bei denen die Meinungsbildung problemlos hätte erfolgen können. Weitere, aktuelle Beispiele: Form und Bewaffnung der Einsätze von Schweizer Truppen im Ausland (Militärgesetzrevision); Schutz vor Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen im Bundespersonalgesetz. Die Erfahrung zeigt, dass sich sowohl die Debatte im Parlament als auch **die öffentliche Diskussion auf ein oder zwei Punkte einer Gesetzesvorlage beschränken**, während der Rest unbestritten ist. Das konstruktive Referendum (das seinen Namen zu Recht trägt), könnte Vorlagen retten statt sie zu begraben.

Der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments befürchten, dass das konstruktive Referendum mühsam erarbeitete Konsenslösungen gefährde und den Zusammenhang von Vorlagen missachte. Diesbezüglich muss man aber das Parlament nicht überschätzen. **Die Konsenslösungen, Abmachungen oder Kompromisse zeichnen sich nicht immer durch ihren überzeugenden Zusammenhang aus.** Was der Bundesrat als mühsam erarbeitete Kompromisse bezeichnet erinnert oft an Flickschusterei, oft genug das Resultat eines Kraftakts zufällig entstandener Verbindungen innerhalb des Parlaments. Diese Abmachungen können auch durch mehr oder weniger fadenscheinige Tricks, böswillige Aktionen oder in der Addition gegenteiliger Überlegungen während der Debatte entstehen.

Das konstruktive Referendum ist ein **geeignetes Mittel, um den Kontakt zwischen Volk und Behörden zu verbessern** und die Deutung von Volksentscheiden zu erleichtern. Deshalb ist den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Vorlage über dieses neue demokratische Recht zur Annahme zu empfehlen.

24. September

**Konstruktives
Referendum**

Ja

Zur Volksinitiative

**Mehr Rechte
für das Volk**

dank dem Referendum
mit Gegenvorschlag

Das Nein-Sager-Referendum braucht konstruktive Konkurrenz

Von Otto Zwygart, Nationalrat EVP, Bolligen

Kompliziert - aber sicher nicht

Es ist eine Ausrede, dass Stimmzettel zu kompliziert würden. Das demonstriert der Kanton Bern. In Bern heisst er Volksvorschlag statt Konstruktives Referendum. Bisher gab es in Bern drei Volksvorschläge. 1997 scheiterten die Dividendenbesteuerung und die Spitalorganisation, angenommen wurde aber später ein Renaturierungsfonds. Diese drei Abstimmungen zeigen auf, dass das Verfahren im Kanton Bern den Stimmbürger keineswegs überfordert. Bei komplexen Vorlagen wird es nur möglich sein, Erfolg zu haben, wenn das Referendum wirklich konstruktiv ist. Nur echte Alternativen werden die Referendums- und die Abstimmungshürde nehmen. Wenn man in Betracht zieht, welche Kosten ein Referendum verursacht, dann ist auch abschätzbar, dass es keine Referendumsflut geben wird. Nebenbei kann man bemerken dass in Bern nicht etwa die Oppositionellen das konstruktive Referendum zuerst benutzt haben - nein, es waren die Regierungsparteien.

Stärkung der Volksrechte und Stärkung des Parlamentes

Die Gegner der Initiative haben offensichtlich Angst vor erneuernden Elementen im Regierungssystem. Eine qualitative Verbesserung ist das Ziel dieser Initiative. Die Möglichkeit einer differenzierten Stellungnahme für Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wurde schon angewendet. Bei der Mehrwertsteuer durfte der Souverän bezüglich der Abgabenhöhe wählen. Wenn die Mehrheit im Parlament will, dann gibt es diese Wahlmöglichkeit. Warum soll das nicht grundsätzlich möglich sein? Die erhöhte Entscheidungsfreiheit kann unbefriedigende "Ablehnungs-Scherbenhaufen" oder eine Flut von Volksinitiativen verhindern. Das konstruktive Referendum ist eine Chance, um vom heutigen "Neinsager-Referendum" wegzukommen. Die differenzierte Stellungnahme vergrössert den Spielraum nicht nur für den Stimmberechtigten, sondern letztlich auch fürs Parlament. Man muss nur lernen, mit diesem Instrument umzugehen.

Auch "Kleine" können mitreden

Verbesserungen von demokratischen Spielregeln für alle politisch interessierten Gruppierungen ist in der heutigen Zeit kein Luxus. Der Widerstand auf Parlamentsebene ist teilweise verständlich: Man fürchtet Einschränkungen der bisherigen Regeln der Machtausübung. Aber letztlich hat doch das Volk die Macht, also geben wir ihm diese Macht auch in angemessener Art und Weise. Das konstruktive Referendum will die Form der Gesetzgebung nicht umkehren, sondern nur die Gewichte und Möglichkeiten ausschöpfen. Zeigen wir doch Mut, und geben wir dem Souverän dieses neue Volksrecht.

Ein Ja mit Überzeugung

Der Ausbau der Volksrechte ist ein Thema. Das Paket Volksrechte, das wir im Zusammenhang mit der Revision der Bundesverfassung vorgelegt bekommen hatten, griff es auf. Darin enthalten war die allgemeine Volksinitiative. Sie war an sich unbestritten. Leider landete die Vorlage aber im parlamentarischen Tiefkühlschrank, wann sie wieder aufgetaut wird, ist nicht klar absehbar. Ein Referendum ist in den

allermeisten Fällen nicht positiv, sondern negierend. Die Volksinitiative "für ein konstruktives Referendum" sagt im Titel präzise aus, was sie will: konstruktiv sein.

"Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag": Für einmal ist das kein Titel, der hinter das Licht führt, sondern er sagt klar aus, was diese Initiative will.

24. September

**Konstruktives
Referendum**

Ja

Zur Volksinitiative

Mehr Rechte

für das Volk

dank dem Referendum
mit Gegenvorschlag

Lieber das Volk die Rosinen picken zu lassen, als faule Politiker-Kompromisse eingehen zu müssen

Von Marcel Lingg, Grossstadtrat SVP, Luzern

Am 1. September 2000 tritt in der Stadt Luzern die neue Gemeindeordnung in Kraft. Mit diesem Datum wird auch das Instrument des "Konstruktiven Referendums" eingeführt. Aufnahme in die Gemeindeordnung fand das "Konstruktive Referendum", weil bei der Beratung der Gemeindeordnung im November 1998 sich die SVP-Fraktion für das "Konstruktive Referendum" aussprach, sich somit für die entscheidenden Ja-Stimmen verantwortlich zeigte.

Den Entscheid für oder gegen das "Konstruktive Referendum" machte sich die "SVP der Stadt Luzern" jedoch nicht leicht. Die Grundidee, dass es sich beim "Konstruktiven Referendum" um ein sinnvolles demokratisches Volksrecht handelt, konnte die "SVP der Stadt Luzern" jedoch überzeugen, was den auch den Ausschlag für das Ja der SVP gab.

Lernprozess der Stimmberechtigten

Von Anfang an war sich die "SVP der Stadt Luzern" bewusst, dass die Handhabung des "Konstruktiven Referendums" auf keiner Erfahrung beruht und sich recht kompliziert anhört. Diese Argumente, welche gegen das "Konstruktive Referendum" ins Feld geführt wurden, können auch heute von der "SVP der Stadt Luzern" nicht ganz abgestritten werden. Die SVP ist sich auch heute noch bewusst, dass hier ein gewisses "Verfahrensrisiko" eingegangen, doch ist zu hoffen, dass gewisse Anfangsschwierigkeiten im Laufe der Zeit zur politischen Routine wird.

Inhalt und der Komplexität der Abstimmungsfrage ist entscheidend

Das Argument, dass mit dem komplizierten und für die Bevölkerung unverständlichen "Konstruktiven Referendum" die Politverdrossenheit gefördert werde, konnte durch die "SVP der Stadt Luzern" in dieser Vehemenz jedoch nicht mitgetragen werden. Gelten mag dies vor allem für das Prozedere im Parlament, wenn es darum geht, mit dem notwendigen Quorum von Parlamentarier einen Teil der Vorlage unter das "Konstruktive Referendum" zu stellen; gelten mag dies dann wenn, mehrere konstruktive Referenden ergriffen werden, eventuell in Kombination mit einem normalen obligatorischen oder fakultativen Referendum. Nicht mehr gelten mag dieses Argument jedoch dann, wenn es darum geht, die Unterschriftensammlung zu lancieren oder später den Abstimmungskampf zu führen. Hier spielt es keine Rolle mehr, ob es sich um eine Initiative, ein normales Referendum oder eben um ein konstruktives Referendum handelt. Ob eine Vorlage von der Bevölkerung als unverständlich und kompliziert angesehen wird, hängt schlussendlich einzig vom Inhalt und der Komplexität der Abstimmungsfrage ab.

Die Alternative: faule Politiker-Kompromisse eingehen müssen

Als wesentlicher Vorteil zählte für die "SVP der Stadt Luzern" die Möglichkeit, dass Vorlagen nicht mehr als ganzes abgelehnt und zurückgewiesen werden müssen, nur weil sich die "Nein-Stimmen" an

einem einzelnen Bestandteil stören. Der Vergangenheit angehören werden wohl jene Fälle, so sich zwei Referendumskomitees zu unterschiedlichen Bestandteilen und in entgegengesetzter Meinung eine Vorlage zum Scheitern bringen.

Bei der heutigen Diskussion über die Einführung des "Konstruktiven Referendums" wird immer wieder vorgebracht, dass es sich um eine "Rosinenpickerei-Politik" handelt. Im Rückblick auf den Ja-Entscheid in der Stadt Luzern wie im Hinblick auf die eidg. Abstimmung vom 24. September 2000 vertritt die damalige SVP-Grossstadtratsfraktion jedoch die Ansicht *"lieber das Volk die Rosinen picken zu lassen, als faule Politiker-Kompromisse eingehen zu müssen."*